



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 15.08.2012

Niederschrift

über die **24. Sitzung des Hauptausschusses**
(von 18:55 Uhr bis 19:15 Uhr unterbrochen durch die Sitzung des
Finanzausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 06.08.2012,
16:30 Uhr bis 19:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr.
1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	i.V. für Frau dos Santos Herrmann
Herr Axel Kaske	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	i.V. für Herrn Zimmermann
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	i.V. für Herrn Möring
Frau Ursula Gärtner	CDU	bis 18:55 Uhr
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	i.V. für Frau Gärtner ab 19:15 Uhr
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	i.V. für Herrn Frank
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	i.V. für Frau Wolter

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.	in Vertretung für Frau Stahlhofen
------------------	------------	-----------------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Petra Engel
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Gerd Neweling
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Engelbert Rummel
Frau Inge Schürmann

Gäste

Herr Jörn Schwarze KVB AG

Schriftführerin

Frau Maria Lange

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	vertreten durch Frau Dr. Bürgermeister
Herr Michael Zimmermann	SPD	vertreten durch Herrn Kron
Herr Karsten Möring	CDU	vertreten durch Herrn Dr. Elster
Herr Jörg Frank	GRÜNE	vertreten durch Frau Jahn
Frau Judith Wolter	pro Köln	vertreten durch Herrn Uckermann

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn Detjen
------------------------	------------	------------------------------

Verwaltung

Herr Ralf Huttanus
Frau Christine Kronenberg
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander
Herr Gregor Timmer

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung um folgende Punkte ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1.2 Kündigung von Herrn Dr. Blühm
2739/2012
- *zugesetzt* -
- 1.1.3 Kulturförderabgabe
2835/2012
- *zugesetzt* -
- 1.1.4 Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2013 und 2014
2825/2012
- *zugesetzt* -
- Zu TOP 2.1 Antwort der Verwaltung
2644/2012
- *zugesetzt* -
- Zu TOP 2.2 Antwort der Verwaltung
2761/2012
- *zugesetzt* -
- 2.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anordnung einer Übergangsregelung
durch das Bundesverfassungsgericht für Leistungen an Flüchtlinge"
AN/1271/2012
- *zugesetzt* -
- Zu TOP 2.3 Antwort der Verwaltung
2858/2012
- *zugesetzt* -
- Zu TOP 3.1 Stellungnahme der Verwaltung
2836/2012
- *zugesetzt* -
- 4.1.2 Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln, 14.-16. September
2012
2810/2012
- *zugesetzt* -
- 4.1.3 MÜLHEIM 2020: Mittelfreigabebeschluss zu Maßnahme Gestaltung der
Waldecker Straße in Köln-Buchforst
2588/2012
- *zugesetzt* -

Herr Sterck beantragt, TOP 11.4 von der Tagesordnung zu nehmen, da seiner Meinung nach gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Bühnen der Stadt Köln der Betriebsausschuss der Bühnen und nicht der Hauptausschuss zuständig sei. Alternativ beantragt er die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Detjen schlägt vor, TOP 11.4 in einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil zu teilen. Im öffentlichen Teil soll dargelegt werden, warum der Hauptausschuss zuständig ist.

Frau Dr. Bürgermeister und Frau von Bülow plädieren für eine Behandlung des Tagesordnungspunkt in der heutigen Hauptausschusssitzung, damit Klarheit über die Führung der Bühnen eintritt.

Herr Börschel fasst zusammen, dass zum ersten Antrag von Herrn Sterck die Verwaltung bezüglich der Rechtmäßigkeit Stellung nehmen und über die Vertagung das Gremium abstimmen müsse. Herr Granitzka schließt sich dem an.

Frau Kämmerin Klug legt dar, dass nach § 73 Abs. 3 GO NRW i.V.m. § 28 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Köln in dieser Angelegenheit der Hauptausschuss zuständig sei. Dies sei vor Jahren bereits in einem anderen Fall von der Bezirksregierung Köln geklärt worden.

Herr Sterck will diesen neuen Fall von der Kommunalaufsicht trotzdem prüfen lassen.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über die Vertagung der Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme von Herrn Oberbürgermeister Roters.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Elster teilt Frau Kämmerin Klug mit, dass die in den Vorlagen TOP 11.1 und 11.3 vorgeschlagenen Personen sich und ihre Konzepte und Planungen im Kunst und Kulturausschuss vorstellen werden.

Die von pro Köln eingereichten Anfragen waren verfristet und werden erst in der nächsten Hauptausschusssitzung behandelt.

Über die nachfolgende ergänzte Tagesordnung lässt Herr Oberbürgermeister Roters abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von pro Köln angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Akteneinsicht in die 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
2508/2012

1.1.2 Kündigung von Herrn Dr. Blühm
2739/2012

1.1.3 Kulturförderabgabe
2835/2012

1.1.4 Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2013 und 2014
2825/2012

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/1245/2012

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1
2644/2012

2.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Rosenverkäuferinnen und -verkäufer in der
Kölner Innenstadt
AN/1256/2012

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.2
2761/2012

2.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anordnung einer Übergangsregelung durch
das Bundesverfassungsgericht für Leistungen an Flüchtlinge"
AN/1271/2012

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.3
2858/2012

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Sofortige Aussetzung der "Bettensteuer"
AN/1254/2012

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.1
2836/2012

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung
des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
2514/2012

4.1.2 Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln, 14.-16. September 2012
2810/2012

4.1.3 MÜLHEIM 2020: Mittelfreigabebeschluss zu Maßnahme Gestaltung der Waldecker
Straße in Köln-Buchforst
2588/2012

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der
Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Mitteilungen

6.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

6.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

I. Öffentlicher Teil

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung
des Landes Nordrhein-Westfalen

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der
Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.2.1 Verlängerung einer Beschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus
2533/2012

11 Personalien

11.1 Arbeitsvertragliche Regelung, Vertrag der Stadt Köln bezüglich der Intendanz der
Puppenspiele der Stadt Köln
1940/2012

11.2 **Beförderung**
2282/2012

11.3 **Besetzung der Stelle Museumsdirektor/in des Römisch-Germanischen Museums**
2551/2012

11.4 **Bestellung zur Opernintendantin**
2686/2012

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Herr Neweling stellt den Sachstand bezüglich der Bergungsbaugrube anhand der als Anlage beigefügten Präsentation vor.

Auf Nachfrage von Herrn Börschel bezüglich der Kosten-Nutzen-Relation der Unterbrechung und erneuten vertieften Berechnung und Planung teilt Herr Stadtdirektor Kahlen mit, dass dies im Hinblick auf die enormen Anforderungen an eine sichere Beweisführung notwendig wäre.

Herr Schwarze erläutert den Sachstand bezüglich der Nord-Süd-Stadtbahn (s. beigefügte Präsentation) vor.

Herr Sterck fragt nach, wann die Arbeiten am Breslauer Platz weitergehen, wann die Ausschreibung bezüglich des Roten Hauses erfolgt und wie weit die Überlegungen zur Teilinbetriebnahme des südlichen Teils der Nord-Süd-Stadtbahn gediehen seien.

Frau Beigeordnete Berg (in Vertretung für das Dezernat VI) wird zur ersten Frage die Antwort schriftlich nachreichen. Herr Rummel teilt zu Frage zwei mit, dass die Ausschreibung, die zurzeit vorbereitetet wird, im späten Herbst erfolgen werde. Frau Beigeordnete Berg ergänzt, dass es bereits Interessenten gäbe.

Zu Frage drei antwortet Herr Oberbürgermeister Roters, dass es hierzu keinen neuen Sachstand gäbe.

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Akteneinsicht in die 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes 2508/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.1.2 Kündigung von Herrn Dr. Blühm 2739/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.1.3 Kulturförderabgabe 2835/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 3.1. behandelt.

1.1.4 Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2013 und 2014 2825/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Sterck weist bei Einbringung eines Doppelhaushaltes auf den Verlust an Transparenz und Flexibilität, auf Veränderungen zu reagieren, hin.

Herr Klipper vermisst ebenfalls die Transparenz und weist auf die Gefahr hin, dass notwendige Sparmaßnahmen eventuell zwei Jahre verschoben würden.

Herr Detjen bemängelt, dass trotz einer geringen Mehrheit eine Entscheidung für einen Doppelhaushalt ohne entsprechende Ratsvorlage getroffen werde.

Herr Börschel betont, dass die Einbringung des Haushaltes die Angelegenheit der Verwaltung und der Beschluss die Angelegenheit des Rates sei. Ein Doppelhaushalt sei nicht mehr und nicht weniger transparent als ein Haushalt für ein Jahr. Nachteil eines Doppelhaushaltes sei, dass er im Vollzug und der Feinjustierung wenig flexibel sei. Ein wesentlicher Vorteil jedoch sei die Planungssicherheit für die freien Träger und Empfänger von Leistungen. Bei wesentlichen Änderungen bestehe immer noch die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes.

Frau Moritz sieht ebenfalls die Planungssicherheit für die freien Träger als wesentliches Argument für einen Doppelhaushalt. Das Argument der mangelnden Transparenz hält sie für nicht haltbar.

Herr Uckermann thematisiert die Verabschiedung des Haushaltes nach der Kommunalwahl.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten" AN/1245/2012

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1 2644/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen teilt Frau Beigeordnete Berg (in Vertretung für Dezernat VI) mit, dass die Politik fortlaufend über die Kostenerhöhungen informiert werde.

2.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Rosenverkäuferinnen und -verkäufer in der Kölner Innenstadt AN/1256/2012

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.2 2761/2012

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Granitzka fragt nach, welche Sanktionen für die unter Ziffer 2 der Antwort erwähnten fehlenden Reisegewerbekarten und Sondernutzungsgenehmigungen vorgesehen sind.

Herr Stadtdirektor Kahlen sagt eine Antwort zu.

2.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anordnung einer Übergangsregelung durch das Bundesverfassungsgericht für Leistungen an Flüchtlinge" AN/1271/2012

**Antwort der Verwaltung zu TOP 2.3
2858/2012**

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Da die Antwort als Tischvorlage vorgelegt wurde, behält sich Herr Sterck vor, im zuständigen Ausschuss noch Nachfragen hierzu zu stellen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Sofortige Aussetzung der "Bettensteuer" AN/1254/2012

**Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 3.1
2836/2012**

Herr Sterck warnt vor jahrelangen Rechtsstreitigkeiten bezüglich der Kulturförderabgabe, vor einem hohem Bürokratieaufwand, dessen Kosten in keiner Relation zu den Einnahmen stehen, und der schwierigen Unterscheidung von privaten und beruflichen Übernachtungen.

Herr Klipper zitiert aus der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts, woraus er den Schluss zieht, dass die Satzung nichtig sei, weil es schwer zu kontrollieren sei, ob es sich um private und berufliche Übernachtungen handelt und die Satzung in diesem Punkt nicht zu trennen sei. Seiner Meinung nach seien auch die von der Verwaltung prognostizierten Einnahmen viel zu hoch geschätzt.

Frau Moritz will erst anhand der genauen Urteilsbegründung die jetzige Satzung der Stadt Köln juristisch prüfen lassen. Das Gericht habe eine Kulturförderabgabe nicht als grundsätzlich unrechtmäßig erklärt. Für die durch diese Abgabe möglichen Verschönerungsmaßnahmen im Stadtbild (Grünflächen, Brunnen, Gewässersanierung) seien ansonsten keine Mittel vorhanden.

Herr Detjen regt ebenfalls an, die Begründung abzuwarten, dann eine juristische Prüfung vorzunehmen und die Angelegenheit im Städtetag mit anderen Kommunen abzustimmen.

Herr Börschel warnt vor zu großer Eile. In eine zukünftige Satzung werden alle rechtlich zulässigen Fallgestaltungen nach Auswertung des Gerichtsurteils mit einbezogen. Bei Einführung der Kulturförderabgabe seien von deren Gegner viele negative Folgen prognostiziert worden, die alle nicht eingetreten seien. Um Rechtssicherheit zu schaffen, werde die Stadt Köln unmittelbar oder mittelbar über Andere (z.B. Städtetag) alle Möglichkeiten prüfen, in dieser Angelegenheit eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht zu erwirken.

Nach längeren kontroverser Diskussion lässt Herr Oberbürgermeister Roters über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung,

1. mit sofortiger Wirkung den Vollzug der Satzung zur Erhebung der Kulturförderabgabe in der Stadt Köln auszusetzen,
2. die weitere Einziehung der Kulturförderabgabe der Jahre 2010 und 2011 von den Beherbergungsbetrieben in dieser Stadt mit sofortiger Wirkung einzustellen,
3. die bisher eingezogene Steuer umgehend komplett an die Kölner Beherbergungsbetrieben zur Weitergabe an die Gäste zurückzugewähren, unabhängig davon, ob erstere gegen die Steuerbescheide geklagt haben oder nicht, um auch den Zinsaufwand von monatlich über 20.000 Euro zu minimieren,
4. alle im Zusammenhang mit der Kulturförderabgabe für die Beherbergungsbetriebe entstandenen Kosten, angefangen von Anwalts- und Gerichtskosten bis hin zu weiteren Investitionen, wie z.B. zur Berechnung der Kulturförderabgabe notwendige Umstellungen in der EDV etc., durch die Stadt zu ersetzen und
5. sämtliche Überlegungen, die Bettensteuer für private Übernachtungsanlässe aufrechtzuerhalten, einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme von Herrn Oberbürgermeister Roters abgelehnt.

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 2514/2012

Frau Dr. Bürgermeister dankt der Boston Consulting Group für das Angebot und betont, dass aufgrund der Spezifika der Kommunalen Rechtsformen hier das entsprechende Fachwissen vorliegen müsse. Die Untersuchung werde ergebnisoffen geführt. Die Erfahrungen des scheidenden Direktors Dr. Andreas Blühm müssen in die Untersuchung einfließen.

Sie stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Beschlussvorlage wird als vierte Frage auf Seite drei der Vorlage ergänzt:

- Konnten durch die neue Betriebsform die Betriebs- und Verwaltungsabläufe verbessert werden? Welche Effekte sind gegenüber der vorherigen Rechtsform eingetreten?

Ausgangsthesen, Vorgehen und Ziele der Evaluation werden dem Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause 2012 durch die Boston Consulting Group vorgestellt.“

Herr Granitzka schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Bürgermeister an.

Frau von Bülow dankt ebenfalls der Schenkerin und bittet auch, dass die Optimierung der Betriebsabläufe bei den zu untersuchenden Fragen mit berücksichtigt werden sollten.

Herr Dr. Elster weist daraufhin, dass der Betriebsausschuss der Bühnen eigentlich zuständig sei. Herr Sterck bezweifelt ebenfalls die Zuständigkeit des Hauptausschusses. Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, dass es sich hier um die Annahme einer Schenkung, in diesem Fall einer Dienstleistung, handele, die normalerweise vom Rat angenommen werde. Bei einer dringlichen Angelegenheit sei nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW der Hauptausschuss anstelle des Rates zuständig.

Frau Kämmerin Klug (in Vertretung für Dezernat VII) bestätigt auf Nachfrage von Herrn Detjen, dass es nicht aufgrund der Schenkung zu einer Bevorzugung bei eventuellen Nachfolgebeauftragungen kommen dürfe und dass der endgültige Bericht als eine gemeinsam in der Verwaltung mit allen Beteiligten abgestimmte Vorlage den Gremien vorgelegt werde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Annahme der Schenkung einer Evaluierung der Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung durch die Unternehmensberatung The Boston Consulting Group GmbH, Köln.

Die Beschlussvorlage wird als vierte Frage auf Seite drei der Vorlage ergänzt:

- „Konnten durch die neue Betriebsform die Betriebs- und Verwaltungsabläufe verbessert werden? Welche Effekte sind gegenüber der vorherigen Rechtsform eingetreten?“

Ausgangsthesen, Vorgehen und Ziele der Evaluation werden dem Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause 2012 durch die Boston Consulting Group vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mit der Ergänzung von Frau Dr. Bürgermeister und von Frau von Bülow einstimmig beschlossen

4.1.2 Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln, 14.-16. September 2012 2810/2012

Herr Uckermann stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Stadt Köln soll nur 10 % der Kosten für das Chinafest übernehmen“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln abgelehnt.

Beschluss:

Der Mittelfreigabe der für das Internationale Fest der Städtepartnerschaften vorgesehenen Mittel in Höhe von 25.000,- € für das „Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln“, 14.-16. September 2012, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln beschlossen

4.1.3 MÜLHEIM 2020: Mittelfreigabebeschluss zu Maßnahme Gestaltung der Waldecker Straße in Köln-Buchforst 2588/2012

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.992.900,33 € und die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 14.203,00 € im Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-5560 (MÜLHEIM 2020 - Gestaltung Waldecker Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

Herr Uckermann teilt mit, dass am Rheinufer zwischen Groß St. Martin und der Philharmonie die Außengastronomie weit in den Weg hineinragt und die Kellner dort aggressiv die Passanten auffordern, diese Gastronomie zu besuchen. Er fragt, ob es in der Verwaltung darüber Beschwerden gäbe und ob die genehmigten Außengastronomieflächen eingehalten würden. Eine schriftliche Antwort wird zugesagt.

Herr Dr. Elster fragt nach dem Sachstand bezüglich der fristlosen Kündigung von Herrn Laufenberg. Die Antwort erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

gez.

Jürgen Roters

Oberbürgermeister

gez.

Lange

Schriftführerin